

UMFRAGEN

# Der Kanzlerflüsterer

Kann ein Demoskop Politik machen? Forsa-Chef Manfred Güllner ist ein Vertrauter von Gerhard Schröder.

Er sieht sich als dessen „Einparkhilfe“. Von Matthias Geyer

Der Richter des Kanzlers hat keinen Namen und kein Gesicht, er hat nur eine Stimme. Er sagt „Ja, bitte“, als er sich am Telefon meldet. Niemand kennt ihn, seine Stimme kommt durch ein unterirdisches Kabel, es beginnt irgendwo im Westen Deutschlands und endet in Berlin-Mitte, im ersten Stock eines Callcenters. „Ja, bitte“ ist die Stimme des Volkes. Sie hat große Macht.

„Ja, bitte?“

„Guten Tag, hier ist das Meinungsforschungsinstitut Forsa, wir führen eine Umfrage zu den wichtigen Themen in Deutschland durch.“

„Legen Sie los.“

„Welche drei aktuellen Themen interessieren Sie am meisten?“

„Also, isch würd sagen: der Sieg von Alemannia Aachen gegen Bayern München und was der Schröder so treibt.“

„Wenn Sie den Bundeskanzler selbst wählen könnten, für wen würden Sie sich

entscheiden? Für Gerhard Schröder oder für Angela Merkel?“

„Für keinen. Also, wenn Sie zwischen Lügner, Gaunern und Verbrechern wählen könnten, da würden Sie doch auch keinen nehmen, oder?“

„Welche Partei haben Sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt?“

„SPD.“

„Und wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“

„Schwierisch. Auf keinen Fall SPD.“

„Und was sind Ihre Gründe dafür?“

„Weil die das Vertrauen der Leute missbraucht haben. Was die uns in die linke Tasche reintun, das ziehen sie aus der rechten Tasche wieder raus. So isset doch.“

Das Gespräch dauert ungefähr 20 Minuten. Es geht nicht nur um Politik, es geht auch um die Fernsehsendung „Ich bin ein Star – Holt mich hier raus!“. „Ja, bitte“ kennt alle Teilnehmer, die im Dschungel

waren. Außerdem ist er arbeitslos. Man kann sagen, dass „Ja, bitte“ sehr gut für das steht, was Deutschland im Moment bewegt.

Es ist Mittwochmittag, fünf Tage nach dem Rückzug von Gerhard Schröder als Parteivorsitzender der SPD. Drei Etagen über dem Callcenter in Berlin-Mitte sitzt Manfred Güllner an einem Schreibtisch und guckt auf Papiere, die man ihm ausgedruckt hat.

Irgendwo in diesen Zahlen versteckt sich das, was „Ja, bitte“ über Schröder und die SPD gesagt hatte. Er ist einer von 1004 Befragten, keiner von ihnen hat ein Gesicht und einen Namen, aber jetzt hat Güllner einen kleinen Trend.

Die SPD kommt auf 26 Prozent, steht auf den Papieren. 2 Prozentpunkte mehr als in der Woche davor. 31 Prozent glauben, dass Müntefering die SPD aus ihrem Loch holt. Dass Schröder bis 2006 Kanzler bleibt, sagen 61 Prozent. Es ist die Woche nach Schröders Rückzug. Seit der Bundestagswahl waren die Zahlen nicht mehr so wichtig.

„Es ist alles noch sehr frisch. Man kann daraus nicht viel erkennen“, sagt Manfred Güllner. Er redet immer sehr leise, man versteht ihn schwer. Manchmal stöhnt er ein bisschen beim Sprechen. Er trägt einen gemütlichen Bauch vor sich her, auf den Taschen seiner Oberhemden sind seine Initialen gedruckt, MG. Manchmal guckt er schüchtern. Güllner ist 62 Jahre alt, er sieht nicht aus wie jemand, von dem



Meinungsforscher Güllner: „Ich beobachte, und der Kanzler zieht seine Rückschlüsse daraus“

man sagt, er sei ein Einflüsterer des Kanzlers. Man kann ihn leicht unterschätzen.

Manfred Güllner ist seit 20 Jahren Forsa-Chef. Unten im ersten Stock sitzen jeden Tag 120 Menschen an den Telefonen und fragen vier Stunden lang die politische Stimmung ab, so oft wie kein anderes Umfrage-Institut in Deutschland. Güllner hat jeden Monat eine Telefonrechnung von 45 000 Euro. Er bemerkt die feinsten Ausschläge, er ist wie jemand, der eine große Wünschelrute über das Land hält, und wenn es erforderlich wird, steigt Güllner in seinen Dienstwagen, einen silbernen Audi A8 mit Autotelefon, und lässt sich zu Gerhard Schröder fahren. Es ist kein weiter Weg von Forsa zum Kanzleramt.

Schröder hat einmal gesagt: „Der Güllner sagt mir heute, was die Menschen in sechs Wochen von uns denken.“

Im Februar 1964 trat Manfred Güllner in die SPD ein. Bald müsste er eine Urkunde bekommen. 40 Jahre Beiträge für die Sozialdemokratie. Fast alles in seinem Institut ist rot. Die Bilder, die Sessel, die Tassen. Güllner kennt den Kanzler seit den siebziger Jahren, er feierte mit Schröder, als der 1998 die Wahl gewonnen hatte, und er war zur Hochzeit mit Doris eingeladen. Güllner möchte, dass Schröder Kanzler bleibt, so viel ist wohl klar.

Die Frage ist, welchen Einfluss seine Zahlen haben. Wie aus Zahlen Politik wird. Ob man mit Umfragen Politik machen kann. Ob Güllner Politik machen kann.



**Wahlsieger Schröder\*:** Gemeinsam gefeiert

pitz, Gerhard Schröders Büroleiterin, bei Manfred Güllner an und sagte, der Kanzler wolle ihn sprechen. Das Gespräch dauerte dann anderntags ungefähr eine Dreiviertelstunde.

Mittags ist Manfred Güllner zurück in seinem Institut, er hängt das Jackett über eine Stuhllehne und sagt: „Der Kanzler stellt sich jetzt darauf ein, dass Hamburg nicht zurückgewonnen werden kann.“

Er hat ihm alles erklärt. Dass die Leute in Hamburg Ole von Beust wollen, nicht Thomas Mirow. Dass es eine Wahl wird, bei der Bundespolitik keine Rolle spielt. Dass es keinen Zweck hat, wenn er, Schröder, sich noch mal in diesen Wahlkampf hängt.

„Er hat das alles sehr gefasst aufgenommen, er war extrem präsent, also in der Lage, Entscheidungen zu treffen“, sagt Güllner.

Es sieht überhaupt nicht gut aus an diesem Tag. Die SPD-Landesfürsten machen Geschrei. Güllner sagt: „Dieses Gejammere von der verlorenen Seele und dem ganzen Quatsch. Die SPD soll sich um die Seelen von 82 Millionen Menschen kümmern. Was sind 600 000 SPD-Mitglieder gegen 18 Millionen SPD-Wähler? Schröder ist nicht so frei wie ich, er ist Vorsitzender eines Vereins, er muss sich verhalten wie ein Vereinsvorsitzender. Aber er muss Wahlen gewinnen.“ Alles das hat er auch seinem Kanzler erzählt.

Manfred Güllner legt die Hände übereinander und sagt: „Unsere analytische Übereinstimmung ist unstrittig. Wir haben eine grundsätzliche Arbeitsteilung. Ich beobachte, er zieht seine Rückschlüsse daraus.“ Er flüstert jetzt fast.

Einen Tag später, am Freitag, läuft Manfred Güllner am späten Vormittag vom Fahrstuhl seines Instituts zu seinem Schreibtisch, er kommt an drei Bildern vorbei, die ein finnischer Künstler geschaffen

\* Am Abend der Bundestagswahl 1998, mit Ehefrau Doris Schröder-Köpf und Manfred Güllner (l.).

hat. Acryl auf Holz, roter Hintergrund, vorn Schröder im schwarzen Anzug. Schröder lacht auf den Bildern, er sieht darauf aus wie ein Sieger. Güllner hat keine Ahnung, welche Rückschlüsse Schröder in den letzten 24 Stunden gezogen hat.

Er blättert in Papieren mit Zahlen und Prozenten, da sagt ihm jemand, dass Schröder gerade den Parteivorstand einbestellt hat. Um halb zwei werde es eine Pressekonferenz geben.

Güllner setzt sich vor einen kleinen Fernseher. Er schaltet Phoenix ein und wartet, was passiert. Schröder wird gleich seinen Rückzug vom Parteivorsitz bekannt geben. Güllners Zeigefinger zuckt auf der Fernbedienung. Irgendwann spricht Schröder von „Umfragen, die nicht so sind, wie sie sein sollten“. Güllner nickt. Er atmet schwer.

Welchen Einfluss hatten seine Zahlen auf das, was da gerade passiert ist?

„Die Stimmungslage war eindeutig, und sie wurde von den Zahlen gestützt.“

Was ist er für Gerhard Schröder? Berater? Wetterfahne? Fieberthermometer?

„Jemand, der vielleicht so, so ...“, er überlegt etwas, dann sagt er: „Eine Einparkhilfe, würde ich sagen.“

Als Helmut Kohl Kanzler war, ließ er sich von Elisabeth Noelle-Neumann sagen, was die Leute denken. Sie stand mit ihrem Allensbacher Institut sehr offensichtlich auf der Seite der CDU. Es gab noch keine Mediengesellschaft, und Umfragen waren nur in Wahlkampfzeiten interessant.

Inzwischen wird Politik jede Woche bewertet, und Schröder braucht jemanden, der ihm sagt, wie viel Zentimeter er noch nach vorn fahren darf, ehe es kracht.

Das Bundespresseamt, die PR-Maschine des Kanzlers, ist ein guter Kunde von Manfred Güllner. Er bekommt im Jahr etwa 660 000 Euro vom Bundespresseamt überwiesen, dafür erledigt er auch Sonderaufträge, er sendet seine Zahlen als E-Mail an den Auftraggeber, und der schickt sie weiter ans Vorzimmer des Bundeskanzlers. Sie werden nicht veröffentlicht. Sie sollen nur beim Einparken helfen.

Es ist kurz nach zwei an diesem Freitag, man sieht im Fernsehen, dass Schröder aufsteht und geht. „Es ist eine Handlung. Handlung ist immer gut. Man muss nur an Holzmann denken“, sagt Güllner. Er schaltet den Ton leise. Er muss jetzt arbeiten.

Ein Assistent legt Papiere auf Güllners Tisch, sechs lose Blätter mit Zahlen und Prozenten. Auf dem ersten Blatt steht: „Meinungen der Bundesbürger zu weiteren Reformen.“ 1008 Menschen ohne Namen und ohne Gesicht sind gefragt worden, ob sie glauben, dass die Bürger durch neue Reformmaßnahmen a) belastet, b) entlastet oder c) weder be- noch entlastet werden. Sie sollten auch sagen, ob sie



**Forsa-Telefonstudio:** Jede Woche wird Politik bewertet

Am Donnerstag, dem 5. Februar, ist Manfred Güllner ausgesprochen gut gekleidet. Er trägt ein blaues Jackett mit Silberknöpfen und eine graue Flanellhose. Es liegt wohl daran, dass er morgens um 11 einen Termin im Kanzleramt hatte.

Am Vortag waren zwei Umfragen zur Bürgerschaftswahl in Hamburg bekannt geworden – eine kam von Forsa, eine von Infratest dimap. Bei Infratest dimap hieß es, CDU und Rot-Grün lägen gleichauf. Bei Forsa hatte die SPD schon verloren. Als die Zahlen über die Nachrichtenagenturen gegangen waren, rief Sigrid Kram-

a) eine Reformpause begrüßen würden, um weitere finanzielle Belastungen zu vermeiden oder b) Reformen zügig weitergeführt sehen möchten. Auftraggeber für diese Fragen war das Bundespresseamt.

Güllner sieht die nackten Zahlen. 87 Prozent sagen a), belastet. Sie denken wie „Ja, bitte“. Der hatte grundsätzlich nichts gegen Reformen einzuwenden, aber er hatte was gegen 10 Euro Praxisgebühr. Güllner blättert weiter. 50 Prozent sagen a), würde Reformpause begrüßen.

Es geht jetzt darum, einen Kommentar zu diesen Zahlen zu schreiben. Güllner liefert niemals Zahlen ohne Kommentare ab. Er sagt zu dem Assistenten: „50 Prozent sind kein harter Beleg für eine Reformpause, weil der Begriff Reform überlagert wird von Belastung. Das muss man deutlich machen.“

Der Assistent nimmt die Papiere, er setzt sich an seinen Computer und schreibt: „Trotz der Erwartung, dass durch die Reformen weitere Belastungen auf die Bürger zukommen ..., meint nur die Hälfte der Bundesbürger, dass nun eine Reformpause eingelegt werden sollte, um weitere finanzielle Belastungen für die Bürger zu vermeiden.“ Dann schickt er alles zum Bundespresseamt.

Manfred Güllner guckt auf den Fernseher, Angela Merkel redet gerade. Sie sagt, der Rücktritt sei der Anfang vom Ende. Güllner sagt: „Die Wahrheit kann man sowieso nicht ermitteln.“ Man muss abwarten. Es ist alles noch so frisch.

Fünf Tage später hat Güllner neue Zahlen bekommen. Vielleicht kann man die Wahrheit jetzt zumindest fühlen. Güllner blättert in einer frischen Studie zur Hamburg-Wahl. In den letzten drei Tagen ist die SPD von 27 auf 29 hochgegangen. Aber die CDU hat immer noch die absolute Mehrheit. Nichts sagen diese Zahlen, gar nichts. „Die Frage ist: Sind das Auswirkungen der Bundespolitik oder des beginnenden Wahlkampfes“, sagt Güllner.

Seine Sekretärin bringt zwei Titelbilder, die er für eine Zeitschrift testen ließ. Das Thema sind billige Urlaubsreisen. Auf dem einen Titelbild sieht man den Hintern einer jungen Frau, auf dem anderen hält ein Vater sein kleines Kind in die Luft. Der Hintern hat verloren.

„Erstaunlich, nicht?“, sagt Güllner. Er hatte damit gerechnet, dass der Hintern gewinnt. Man hat keine Macht über die Leute ohne Namen und ohne Gesicht. Sie machen, was sie wollen.

Manfred Güllner kann jetzt nicht mehr viel tun. Er sieht auf die Gemälde des finnischen Künstlers, Acryl auf Holz. Auf dem Bild in der Mitte führt Gerhard Schröder seine Hände über dem Kopf zusammen. Er triumphiert. Auf dem rechten Bild ist alles rot, nur der Kopf des Kanzlers ist noch zu erkennen, unten rechts in der Ecke. Er ist fast verschwunden. Manfred Güllner sieht ratlos aus. ◆

IMMOBILIEN

# Kostspieliger Schrott

Skrupellose Verkäufer haben rund 300 000 Anlegern überteuerte Häuser und Wohnungen angedreht, renommierte Geldhäuser spielten mit. Nun wehren sich die Geprellten.

An den Augenblick, der ihn an den Rand des Ruins trieb, kann sich Klaus Kalscheuer, 62, genau erinnern. Ein Außendienstler der Firma Bast-Bau besuchte den Stuttgarter Kaufmann an seinem Arbeitsplatz. Eloquent war er, und er verstand es, ihn zu umschmeicheln: Kalscheuer verfüge doch gewiss über ein respektables Einkommen. Ob er denn genug fürs Alter zurückgelegt habe.

Tatsächlich verdiente Kalscheuer ordentlich, für die Altersvorsorge war Luft,

hätte kommen können: dass die Wohnungen zu teuer waren und die Mieterwartungen zu hoch. „Ich habe mich über den Tisch ziehen lassen“, sagt er heute.

Es sind Leute wie Kalscheuer, die leidvoll erfahren, dass sie ihre Planungen für einen kommoden Lebensabend aufgeben müssen. Rund 300 000 Anleger – Beamte, Arbeiter, Angestellte – haben sich von skrupellosen Vermittlern zum Kauf überteuerter Wohnungen überreden lassen; nach Schätzung der Verbraucherverbände

investierten sie etwa zehn Milliarden Euro. Selbst nüchtern denkende Zeitgenossen ließen sich von der Aussicht blenden, scheinbar ohne Risiko Vermögen zu schaffen, und kauften leichtfertig so genannte Schrottimmobilien, die meisten auf Pump.

Dabei dachten die Anleger, sie hätten alles richtig gemacht: Sie hatten dem Börsenhype widerstanden und stattdessen in Stein und Stahl investiert. Sie wollten eine private Alterssicherung aufbauen, weil sie sich nicht auf die staatliche Rente verlassen wollten. Sie vertrauten den Angeboten von Vertriebsfirmen wie Bast-Bau – und

vor allem dem guten Ruf der Banken und Sparkassen, die hinter den Geschäften standen und bereitwillig Darlehen vergaben. Commerzbank, HypoVereinsbank oder Badenia-Bausparkasse: Wer sollte besser einschätzen können, wie sicher Mieten sind, wie werthaltig Immobilien und wie realistisch die Finanzierungsmodelle?

Den Leuten habe man versprochen, „sich zurückzulehnen und im Schlaf Geld zu verdienen“, räumt ein ehemaliger Bast-Bau-Verkäufer heute ein. „Später sind die Leute vom Stuhl gefallen, als wir ihnen erzählen mussten, was die Wohnungen in Wirklichkeit wert sind.“

Nun wollen die Geprellten mit vereinten Kräften gegen Banken und Finanzdienstleister vorgehen. Sie haben sich zu Gemeinschaften zusammengeschlossen, Rechtsanwälte und Privatdetektive engagiert. An diesem Sonnabend treffen sie sich in Göttingen zu einer großen Protestver-



THOMAS PFLAUM / VISUM

**Bankenmetropole Frankfurt am Main**  
Mit dubiosen Vermittlern unter einer Decke

und die Offerte des Werbers überzeugte ihn: eine Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung in der Kölner Innenstadt für 330 000 Mark. Die Finanzierung sollte die Landesbank Baden-Württemberg übernehmen, den Antrag hatte der Vertreter gleich zur Hand. Darin wurden Kalscheuer auf zehn Jahre Mieteinnahmen von 1150 Mark pro Monat garantiert, sogar die Reparaturkosten waren durch das „Sorglos-Paket“ abgedeckt.

Zunächst ging alles gut. Der Kaufmann war so angetan, dass er ein Jahr danach für rund 300 000 Mark ein Hotel-Appartement in Bochum erwarb. Später kaufte er für 450 000 Mark noch eine 90-Quadratmeter-Wohnung im sächsischen Frankenberg.

Dann brach alles zusammen. Bast-Bau, einst laut Eigenwerbung „Marktführer“ im privaten Wohnungsbau, meldete Insolvenz an, die Mietzahlungen blieben aus. Erst da ging Kalscheuer auf, worauf er mit ein wenig Beratung und Zeitungslektüre vorher